

# Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 15. September 2001

112. Jahrgang Nr. 31.319

## Argentinien im Terrorkrieg

Die mit Abstand schrecklichsten Attentate der Geschichte der Menschheit mit Selbstmördern in gekaperten Linienflugzeugen gegen die Zwillingstürme in New York und das Pentagon in Washington am vergangenen 11. September stellt sicherlich einen Meilenstein in der beginnenden Geschichte des 21. Jahrhunderts dar. Die Attentate kennzeichnen den modernen Terrorkrieg, den ausgebildete Terroristen anonym durchführen, indem sie ihre Aktionen kaltblütig vorbereiten, dann blitzartig zuschlagen und nachher im Untergrund verschwinden. Ihr jetziges Ziel war entschieden das Herz der US-Militärmacht sowie das Finanzzentrum in „down town“-New York, das als Symbol für den modernen Kapitalismus auserkoren wurde.

Indessen läuft dieser Terrorkrieg schon seit mehreren Jahrzehnten in zahlreichen Ländern, darunter auch in Argentinien. Unser Terrorkrieg der siebziger Jahre stand damals im Zeichen des kalten Krieges, als marxistische Terroristen mordeten, brandschatzten und erpressten. Ihr Ziel war die Eroberung der Macht im Land mit Gewalt, da sie niemals träumen durften, die Regierung mit Wahlzetteln zu gewinnen. Die Terroristen wurden gnadenlos bekämpft und militärisch besiegt.

Viel später zeigte der neue weltweite Terror sein blutiges Gesicht in Argentinien, als in den neunziger Jahren zuerst die israelische Botschaft und danach das jüdische Hilfswerk AMIA ausgebombt wurden. Die Täter wurden nie erwischt. Möglicherweise flohen sie ausser Landes. Ausser Hilfskräften im Land, die demnächst öffentlich im mündlichen Prozess der Verurteilung harren, wurden weder die Täter noch ihre Drahtzieher erwischt, von denen einige Indizien auf Nahost hinweisen.

Spätere Bombenattentate gegen US-Botschaften in Afrika werden der von Bin Laden angeführten und finanzierten Terrororganisation unterstellt. Bin Laden hat Unterschlupf in Afghanistan gefunden. Ob die jüngsten Attentate mit Flugzeugen und Selbstmördern von Bin Laden organisiert worden sind, muss noch bewiesen werden. Bisher hatten geschulte Selbstmörder Bombenattentate in Israel bewirkt. Sie waren im Nahost ausgebildet und einer besonders perfiden Gehirnwäsche ausgesetzt worden. Für die Attentate in New York und Washington bedurfte es freilich viel mehr Mitarbeiter als die Selbstmörder, die die Flugzeuge gekapert hatten. Die Attentate in Argentinien waren nicht von Selbstmördern, sondern von geschulten Terroristen ausgeführt worden, die nach verübter Tat untertauchten.

Argentinien versteht sich nach jenen Attentaten immer noch als gefährdetes Opfer des modernen Terrorismus, der im Nahost zu Hause ist. Hier schwelt ein ungelöster politischer Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, der nach mehreren gescheiterten Friedensvereinbarungen wieder eskaliert, wobei besagte Selbstmörderbomben dem Terrorismus eine neue Note gaben. Gegen solche Attentate gibt es keinen Schutz, zumal wenn wie in New York und Washington Linienflugzeuge gekapert und dann wie Raketen gegen ihr Ziel eingesetzt werden.

In Argentinien leben die beiden Gemeinschaften meist hier geborener Nachkommen von Juden und Arabern sowohl muslimischer als auch christlicher Bekenntnisse friedfertig miteinander, ohne dass der Nahostkonflikt hier ausser politisch gefärbten Erklärungen und Kundgebungen gewaltsam ausgeübt wäre. Diese Tradition der gegenseitigen Toleranz muss auf jeden Fall abgesichert werden, wie immer die Nachwirkungen der jüngsten Attentate gestaltet werden.

Die argentinische Regierung hat am gleichen Tag der Attentate mit deutlichen Erklärungen des Abscheus sowie des Mitleids mit den tausenden Opfern, einem Brief Präsident de la Rúa an George W. Bush sowie Flaggen auf Halbmast schnell und richtig reagiert. Der Staatschef beteiligte sich persönlich an der Zusammenkunft der Vertreter der christlichen, jüdischen und islamischen Religionsgemeinschaften im Land, die am Obelisk für den Frieden in der Welt gebetet und damit gezeigt haben, dass in Argentinien Toleranz für Andersgläubige vorherrscht. Diese öffentliche Zeremonie muss als deutliches Zeichen der

Absage an den Terrorkrieg gewertet werden.

Da Argentinien seit den Präsidenten Clinton und Menem von der US-Regierung als Sonderalliiertes ausserhalb der NATO eingestuft worden ist und somit eine Vorzugsbehandlung geniesst, die nur wenigen Ländern ausserhalb der westlichen Verteidigungsallianz zuteil worden ist, muss das Risiko von Terrorattentaten wie weiland die Botschaft Israels und die AMIA als höher im Vergleich zu anderen Ländern eingestuft werden.

Neben erhöhten Vorsichtsmassnahmen und intensiver Geheimdiensttätigkeit, auch in Zusammenarbeit mit der US-Regierung, muss sich die Regierung darauf vorbereiten, dass der Kampf gegen den Terrorismus, wie immer er seine grässliche Fratze vorstellt, weltweit verschärft werden wird. Diesbezüglich drängt sich für Argentinien höchste Solidarität mit allen internationalen und bilateralen Aktionen, zusammen mit den Vereinigten Staaten, in der gnadenlosen Bekämpfung terroristischer Umtriebe auf.

Die US-Regierung pflegt bei überraschenden Gewaltaktionen gegen sie selber zuerst die Toten zu ehren und zu beerdigen, dann Informationen zu sammeln und schliesslich zu handeln, was zuweilen einige Zeit beansprucht. So geschah es nach Pearl Harbour vor nahezu sechzig Jahren, als Japan die Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg trieben und vier Jahre später zwei Atombomben und die bedingungslose Niederlage einheimsten. Auch die Raketenkrise in Kuba im Oktober 1962 führte zur erfolgreichen Gegenaktion, wie ebenfalls der Überfall Iraks auf Kuwait vor zehn Jahren. Präsident Bush und Staatssekretär Powell haben die Attentate bereits als eine Kriegserklärung eingestuft.

Vorerst weiss niemand, wohin die US-Untersuchungen über die Urheber der Attentate führen werden. Argentinien muss als gefährdetes Land im Terrorkrieg den Vereinigten Staaten beistehen, um sich selbst zu verteidigen. Terrorkriege sind gnadenlos, weil sie sich den üblichen Regeln des bewaffneten Kampfes zwischen Staaten mit Soldaten in Uniform entziehen.

### Randglossen

**Inmitten der psychologischen Schockwirkung, die die Attentate in New York und Washington weltweit ausgelöst haben, stellte sich die argentinische Regierung solidarisch hinter die US-Regierung. Aussenminister Rodriguez Giavarini erklärte hierzu am Tag nach den Attentaten, dass Argentinien sich als Alliiertes der Vereinigten Staaten verstehe und sich bemühen würde, die Partnerregierungen im Mercosur zum gemeinsamen Vorgehen zu bewegen, widrigenfalls Argentinien im Alleingang Stellung nehmen würde. So geschah es 1962 nach der Raketenkrise in Kuba und 1991 nach der Besetzung Kuwaits durch Irak, als die argentinische Regierung beide Male Kriegsschiffe entsandte. Beide Krisen wurden durch den militärischen Einsatz der US-Streitkräfte mit ihren Alliierten gemeistert, allerdings mit bekannten Feindbildern, die im Rahmen des jetzigen Terrorkrieges erst aufzufindig gemacht werden müssen, ehe zum angekündigten Gegenschlag ausgeholt wird.**

Neue politische Parteien, die ebenso wie die etablierten Ausschau nach Stimmen halten, haben es mitunter schwerer, zugkräftige Kandidaten aufzustellen. So geschieht es mit der neuen Partei, die sich den Namen „Für die Gleichheit“ ausgesucht hat und auf die Deputierte Elisa „Lilita“ Carrió hört. Sie ist zwar Parteimitglied der Radikalen Bürgerunion in Chaco, geht aber neuerdings eigene Wege. Wie sie beide Parteiloyalitäten miteinander vereinbart, ist ihr persönliches Geheimnis. Für ihre Kandidatenlisten sucht sie sich bekannte Schauspieler aus, deren Namen die Wähler ansprechen sollen. Solche Rattenfängermethoden schiessen am Ziel vorbei, weil Parlamentarier nicht unbedingt die Schauspielkunst beherrschen sollen, sondern sich vielmehr in Sachfragen auskennen und die Probleme Argentiniens beherrschen müssen. Solche Kandidaten pflegen Mangelware zu sein.

# „Gebet für den Frieden“

## Staatstrauer nach Attentaten in den USA / Beileidsschreiben an Präsident Bush

Repräsentanten verschiedener Religionen und einige Tausend Menschen haben sich am Mittwochmittag am Obelisken in Buenos Aires versammelt, um dort gemeinsam für den Frieden in der Welt und die Opfer des Terroristenattentats in den USA zu beten. Teilnehmer waren Präsident Fernando de la Rúa mit seiner Frau Inés Perinè, fast alle Minister des Kabinetts, Ex-Präsident Raúl Alfonsín, US-Botschafter James Walsh, der bonaerenser Gouverneur Carlos Ruckauf, der Chef der Stadtregierung, Aníbal Ibarra, und hochrangige Vertreter ziviler und militärischer Behörden. Die jüdische Gemeinde vertraten die Rabbiner Daniel Goldman und Ari Stockman, Erzbischof Tarasios repräsentierte die griechisch-orthodoxe Kirche.

Emotionale Höhepunkte der Trauerfeier waren die brüderlichen Umarmungen von Rabbinern und mohammedanischen Vorbetern und Gebete von Hindus und Buddhisten. „Möge Gotte von unseren Herzen, Familien und Völkern jegliche Art von Gewalt fernhalten“, bat abschließend der Erzbischof von Buenos Aires, Kardinal Jorge



Der Präsident des Abgeordneten-Hauses, Rafael Pascual, First-Lady Inés Perinè, Präsident Fernando de la Rúa und US-Botschafter James Walsh bei der Gedenkveranstaltung am Obelisken.

(AP-Foto)

Borgoglio.

Bereits am Dienstag hatte Präsident de la Rúa eine dreitägige Staatstrauer verfügt. Die Fahnen auf öffentlichen Gebäuden wehten daraufhin in ganz Argentinien bis

Freitag auf Halbmast. „Wir möchten damit der Trauer Ausdruck geben, die wir aufgrund dieses Attentats empfinden, das viele Menschenleben kostete“, sagte de la Rúa in einer Fernsehansprache, die

im ganzen Land ausgestrahlt wurde. Zugleich sei die Staatstrauer Zeichen der „Solidarität mit der Regierung und den Bürgern der USA und der Verteidigung des Friedens“.

Ebenfalls am Dienstag übermittelte Fernando de la Rúa ein persönliches Beileidsschreiben an den US-Präsidenten George W. Bush mit dem Text: „Herr Präsident, lieber Freund, mit großem Bedauern habe ich von den tragischen Ereignissen erfahren. Die argentinische Regierung drückt hiermit ihre nachdrückliche Verurteilung der Attentate aus, die den Verlust von zahlreichen Menschenleben und viele Verletzte verursachten. Ich möchte mein Mitgefühl und das aller Argentinier zum Ausdruck bringen und dass wir in diesem Moment des Leids an der Seite des Volkes und der Regierung der USA stehen. Ich bete für die Opfer und bitte Gott, ihren Familien Stärke zu geben und die schnelle Wiedergenesung der Verletzten bei diesen Anschlägen, die in der ganzen Welt tiefe Bestürzung hervorgerufen haben, zu fördern. Ich umarme Sie, Fernando de la Rúa.“

## WOCHENÜBERSICHT

### Menem bleibt in Haft

Die Bundeskammer in der Hauptstadt hat am Dienstag die Entscheidung von Bundesrichter Jorge Urso, Carlos Menem bis zur Verhandlung nicht aus der Haft zu entlassen, bestätigt. Die Kammer hat sich andererseits noch nicht über die Grundfragen geäußert, nämlich die Prozessöffnung und die Untersuchungshaft im Zusammenhang mit den illegalen Waffenverkäufen und dem Vorwurf der Rädelführerschaft einer ungesetzlichen Vereinigung.

### Veruntreute ATN-Gelder

Eine interne Prüfung im Innenministerium hat ergeben, dass die Regierung von Ex-Präsident Carlos Menem verbotener Weise rund drei Millionen Pesos aus Fonds aus Staatsmitteln (ATN) für die Finanzierung von Wahlkampfveranstaltungen verwendet hat. Die ist durch Gesetze verboten, da ATN-Mittel ausschließlich für Notfälle in den Provinzen wie Erdbeben oder Überschwemmungen zur Verfügung stehen. Der offizielle Bericht wurde auf Antrag von Bundesrichter Jorge Urso erstellt. Urso leitet auch die Untersuchungen gegen den in Untersuchungshaft sitzenden Menem. Nach einer Prüfung der

Unterlagen steht jetzt fest, dass zwischen 1991 und 1997 ATN-Mittel für Wahlen in Buenos Aires, Corrientes, Entre Ríos, San Juan, San Luis und Santiago del Estero angewiesen wurden.

### Zentrumsallianz

Die aus der Demokratischen Partei (Partido Demócrata) und der Bundespartei (Partido Federal) gebildete Zentrumsallianz hat zu Wochenbeginn ihre Abgeordnetenkandidaten vorgestellt. Listenführer ist demnach Roberto Azaretto, weitere Kandidaten sind Paula Bertol, Martín Borrelli und Beatriz García Tuñón. Sie begleiten Gustavo Beliz, der sich für den Frente Nuevo País (Neue Landesfront) um einen Sitz im Senat im Senat bewirbt.

### Barrionuevo dixit

Bei seiner Wahlkampagne in Catamarca hat der Gastgewerbebetriebschaffer Luis Barrionuevo, der bekannt für seine polemischen Äußerungen ist, wieder „zugeschlagen“. So hat Barrionuevo am Montag erklärt, „ein Kranker (für Fernando de la Rúa) kann die Geschicke des Landes nicht lenken“. Gleichzeitig bezeichnete er den UCR-Senatorenkandidat Eduardo Brizuela del Moral als „unfähig“ und versicherte, der UCR-Abge-

ordnete Horacio Pernasetti „wird vom Kaffeekechner der Abgeordnetenkammer gesteuert“.

### De la Sota dementiert

Gouverneur José Manuel de la Sota hat versichert, er habe keine Sprecher und keine Helfer für einen Präsidentenwahlkampf und ebenso wenig Beauftragte für die Ausarbeitung von Vorschlägen für angebliche Technikerteams. De la Sotas Versicherung ist die Reaktion auf die Version, die Ex-Richter Adolfo Bagnasco und Gustavo Litteras hätten sich entschlossen, ihm zu helfen.

### Verlorener Schulunterricht

Die bonaerenser Schulkinder werden die durch den dreiwöchigen Lehrstreik verlorenen Unterrichtstage nicht nachholen. Dies ist das Resultat eines Übereinkommens zwischen der Schulbehörde der Provinz und den Lehrgewerkschaften. Es sollen zwar Kenntnisse in den Fächern Spanisch und Mathematik vertieft werden, doch wurde eine Verlängerung des Schuljahres im Dezember und der Unterricht an Feiertagen oder an Samstagen ausgeschlossen.

### Universitätsbesetzung

In La Plata hat der Staatsanwalt Marcelo Romero am Mittwoch An-

zeige gegen eine Gruppe von Studenten erstattet, die seit drei Wochen das Gebäude des ehemaligen Jockey Clubs, in dem drei Fakultäten der Nationaluniversität von La Plata untergebracht sind, besetzt halten. Außerdem beantragte Romero eine richterliche Entscheidung für die Räumung des Gebäudes durch die Polizei.

### Nazi Kopps gestorben

Der vor einigen Jahren im Zusammenhang mit dem seinerzeit nach Italien ausgelieferten ehemaligen SS-Hauptsturmführer Erich Priebke wiederholt in der Öffentlichkeit erwähnte Reinhard Kopps, alias Juan Maler, ist am Dienstag im Alter von 86 Jahren in San Carlos de Bariloche gestorben. Kopps-Maler, Besitzer des Hotels Campana in Bariloche, werden zahlreiche Verbrechen in Konzentrationslagern während des Zweiten Weltkrieges vorgeworfen.

### Farinellos Wahlkampf

Der Geistliche Luis Farinello hat am Montag seinen Wahlkampf mit einer Zugreise begonnen. Bei der Fahrt vom Bahnhof Constitución nach La Plata sprach Farinello, der für seine Partei Polo Social als Senatorenkandidat ins Rennen geht, mit Passagieren.

# Finanzkrise einigt die Gouverneure

## PJ- und Allianzmandatare vereinbarten Widerstand gegen Regierungsmaßnahme

Die Abgeordnetenkammer hat am Mittwoch beschlossen, in der nächsten Woche eine Vorlage zu debattieren, derzufolge die Mittel, die durch die Schecksteuer eingenommen werden, in die Steuerbeteiligung der Provinzen eingeschlossen werden sollen. Dies ist eine Forderung sowohl der PJ- als auch der Allianzgouverneure.

17 der 24 Provinzmandatare hatten sich am gleichen Tag im Consejo Federal de Inversiones (CFI, Föderativer Rat für Investitionen) zu einem mehr als vier Stunden dauernden Gespräch getroffen. Es ging dabei um eine gemeinsame Position wegen der Drohung einer Kürzung des Anteils an den Steuermitteln, die die Regierung an die Provinzen überweist. Die Möglichkeit war von Wirtschaftsminister Domingo Cavallo angesichts der Notwendigkeit für die Regierung, die „Null-Defizit“-Forderung des Internationalen Währungsfonds IWF zu erfüllen, eingeräumt worden.

Die Gouverneure von PJ und Allianz hatten damit zum erstenmal seit dem Amtsantritt Fernando de la Rúa ihre Stimmen vereinigt, um Widerstand gegen eine Maßnahme der Regierung zu leisten. Außerdem aber brachten sie ein Gesetzesprojekt im Kongress ein. Nach der ausgedehnten Beratung im CFI fungierte der justizialistische Abgeordnete Oscar Lamberto als Bote und übergab im Kongreß ein Dokument der Gouver-

neure. Darin bitten sie die Abgeordnetenfraktionen und die Kommission für Parlamentsarbeit um die umgehende Behandlung und Verabschiedung des Gesetzes, daß die Mittel aus der Schecksteuer zu anteilmäßig an die Provinzen verteilt. Die Einnahmen aus der Steuer auf die Finanztransaktionen bringt der Staatskasse immerhin monatlich rund 400 Millionen Pesos ein. In dem selben Dokument erheben die Gouverneure neuerlich ihre Forderung der Provinzfonds: „Es muß ausdrücklich festgelegt werden, daß die entsprechenden Fonds den Provinzen von den Bankinstituten automatisch überwiesen werden, ohne dass dies Änderungen an dem garantierten Grundbetrag von 1,364 Mrd. Pesos monatlich, den die Provinzen als Anteil an den Steuern erhalten, bewirkt.“

Die justizialistischen Abgeordneten wollten die Vorlage noch am Mittwoch beraten und größere Verzögerungen wegen der kritischen wirtschaftlichen Situation der Provinzen vermeiden. „Man kann nicht noch eine Woche mehr warten“, erklärte dazu dramatisierend der Abgeordnete Eduardo Camaño (PJ, Buenos Aires).

Doch die Allianz warf ihre Mehrheit in die Waagschale, um eine Vertagung der Debatte durchzusetzen. „Wir verstehen die Besorgnis der Provinzmandatare, doch ist es notwendig, das Thema nicht überhastet zu debattieren“, unterstrich der Allianzfraktionschef Darío Alessandro.

## „Wahl ist kein Plebiszit“

### Erklärungen von Präsident de la Rúa nach dem Treffen mit Alfonsín

Am Montag, 34 Tage vor der Wahl, hat Präsident Fernando de la Rúa in einem Gespräch mit Journalisten erklärt, es gebe „sehr wenige Unterschiede zwischen der Regierungspolitik und den Vorschlägen der Kandidaten“. Zugleich unterstrich de la Rúa, die Wahl sei kein Plebiszit, sondern sei eine Wahl zur Legislative.

Gefragt nach seinen Reiseplänen, erklärte der Präsident, neben seinem Besuch in Stockholm stehe die alljährliche Reise zu den UN

nach New York auf dem Programm. Dort werde er sich mit verschiedenen anderen Staatschef zu Gesprächen treffen.

„Abgesehen davon habe ich mir die Programme der verschiedenen Parteien und deren Kandidaten angesehen und festgestellt, dass es sehr wenige geringfügige Differenzen zu dem von uns eingeschlagenen Weg gibt; nämlich der Weg der Ausgeglichenheit, der Verantwortlichkeit auf finanziellem Gebiet, der Erfüllung der Schuldver-

pflichtungen und nicht zuletzt die interne Aktion im sozialen Bereich und den Kampf gegen die Korruption, was mein Anliegen ist“, versicherte de la Rúa.

Der Präsident gab diese Erklärungen einen Tag nach seinem gemeinsamen Auftritt mit Alt-Präsident und UCR-Chef Raúl Alfonsín, mit dem die beiden Radikalen interne Streitigkeiten dementierten und Einigkeit demonstrieren wollten. Die Annäherung war zugleich ein Zeichen der Besorgnis beider über die Wahlen im Oktober. Aus der Casa Rosada verlautete jedoch, dass der Präsident sich nicht voll an der Wahlkampagne beteiligen werde. Er werde jeweils die Einstellung der Regierung zu einigen für das Land wichtigen Themen darlegen.

„Es ist nicht zu vermeiden, dass der Präsident Stellung nimmt zu Themen wie etwa der Außenschuld. Ebensowenig kann er so tun, als wenn es keine Wahlen geben würde. Doch de la Rúa wird nicht zusammen mit Kandidaten auftreten und ebensowenig Propaganda für sie machen“, sagte ein

Sprecher. Der Präsident selbst versicherte am Montag gegenüber Radio Rivadavia, im Oktober werden Wahlen zur Legislative stattfinden und kein Plebiszit. „Ich bin kein Kandidat; Auch die Regierung kandidiert nicht“, versicherte de la Rúa.

Die Entscheidung, sich nicht am Wahlkampf zu beteiligen, hat augenscheinlich eine Distanzierung vom Ergebnis der Wahlen im Oktober zum Ziel. Allerdings ist heute schon klar, dass es der Regierung nicht leicht fallen wird, sich im Falle einer Niederlage der Allianz Kandidaten von den Ergebnissen zu distanzieren.

Heftige Kritik übte bereits der Abgeordnete Jesús Rodríguez, der erklärte, „Sektoren der Regierung“ litten an „Paranoia“ und arbeiteten „als Provokateure auf eine Distanzierung zwischen Regierung und Allianz hin“. Rodríguez versicherte, „es sind Leute, die nicht einmal radikalen Aktivismus aufweisen und die gleichen sind, die nie daran geglaubt haben, dass dies der richtige Weg ist, um eine Alternative für das Land zu produzieren“.

## „Herald“ feiert 125 Jahre

Vor 125 Jahren, am 15. September 1876, erblickte die gegenwärtig einzige in Argentinien erscheinende Tageszeitung in englischer Sprache, der Buenos Aires Herald, das Licht der Welt. Buenos Aires war damals ein „Dorf“ von rund 250.000 Einwohnern, das gerade die Gelbfieberepidemie überstanden hatte. Für die ersten Schlagzeilen sorgte der Schiffsverkehr; das Geld brachten die Anzeigen ein, und das ist heute nicht viel anders. Gründervater war William Cathcart, ein schottischer Einwanderer, dessen erste Veröffentlichungen mit der Herausgabe eines einzelnen losen Blattes geizten.

Zu wenig, dürfte sich der nordamerikanische Geschäftsmann D. W. Lowe gedacht haben, als er das Blatt kaufte und auf die Größe einer Tageszeitung brachte. 1880 schickte der neue Herausgeber seinen ersten Korrespondenten zu Wahlkampfauftritten von General Roca in die Provinzen, den geizigen Schotten dagegen in die Wüste. Zu Lowes Mitarbeitern gehörten auch zwei Präsidenten, Domingo Faustino Sarmiento und Nicolás Avellaneda.

1968 wurde ein Grossteil der „Herald“-Aktien von der US-Firma „Evening Post Publishing Company“, inzwischen vollständiger Eigentümer der Zeitung, erworben. In der Redaktion hatten nach dem zweiten Weltkrieg allerdings in erster Linie Journalisten aus England das Sagen. Ein monatliches Sonderheft richtet sich an Englischlehrer und solche, die es werden wollen; jugendlichen Elan verströmt die alle zwei Monate erscheinende Beilage „Write On!“, die von Schülern für Schüler erstellt wird und eine Auflage von 55.000 erreicht.

Der „Herald“ war jedoch nicht die erste englischsprachige Zeitung Argentiniens. Bereits 1861 war der „Standard“ erschienen. Das Blatt wurde jedoch kurz darauf wieder eingestellt.



**SERVICIOS  
DIGITALES**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina  
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - [info@multimedia.com.ar](mailto:info@multimedia.com.ar)

## Internationale Blumen- und Gartenschau

Vom 28. September bis zum 15. Oktober findet in Escobar die traditionelle „Fiesta de la Flor“ statt. Diesmal erlangt die Ausstellung erstmals internationale Dimensionen. Unter der Bezeichnung „Primera Exposición Internacional de Parques y Jardines“ werden Spezialisten aus 14 Ländern daran teilnehmen. Neben Blumenarrangements wird man Garten- und Parkanlagen bewundern können, deren Designer an den verschiedenen Wettbewerben teilnehmen, die bei dieser Gelegenheit ausgeschrieben sind. Besonders zahlreich vertreten werden natürlich wie stets die argentinischen Blumenzüchter sein.

Die Schau ist montags bis freitags von 9 bis 20 geöffnet, an Wochenenden bis 22 Uhr. Wochentags beträgt der Eintrittspreis fünf, an Wochenenden sieben Pesos. Man erwartet wie schon in den vergangenen Jahren etwa 150.000 Besucher.

### Rendezvous mit Pinguinen

Vom 22. bis zum 30. September findet in Chubut die „Semana del Pinguino“ statt. Gemeint ist der Magellansche Pinguin, der nach winterlicher Meereswanderung zu seinen Brutstätten zurückkehrt und ab September massenhaft in Punta Tombo eintrifft. Punta Tombo befindet sich in 107 Kilometer Entfernung von Trelew, an der Atlantik-Küste, eine Neststätte, wo sich bis zu rund einer Million Pinguine einfinden, um an einem steinigen Küstenstreifen von etwa 3,5 Kilometer Breite ihre Jungen zur Welt zu bringen und grosszuziehen. Ab März wandern die Tiere wieder ab. Punta Tombo wurde deshalb bereits 1979 in ein Tierschutzreservat verwandelt.

### Zug zu den Wolken

Die Betreiber des „Tren a las Nubes“ sind umgezogen und haben neue Büros in der Casa de Salta nahe dem Obelisk eingerichtet, Diagonal Norte 933. Hier können die entsprechenden Reservierungen vorgenommen werden. Ausserdem kann man die Billets für den Aussichtszug auch im Büro von Dinar Líneas Aéreas lösen, wenn man das Flugticket nach Salta kauft, Carlos Pellegrini 675, 9. Stock, Fernruf 0810-555-34627.

### Oktoberfest in Córdoba

Am letzten September-Wochenende beginnt in Villa General Belgrano das 38. Oktoberfest (Fiesta Nacional de la Cerveza), das bis zum 9. Oktober läuft.

Marlú

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Fristeinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

\*\*\*

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 13,6% auf 265,09, der Burcapindex um 7,6% auf 570,80 und der Börsenindex um 5,7% auf 11.162,50.

\*\*\*

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 8,1% auf \$ 0,6035.

\*\*\*

Der ZB-Dollarkurs für Aussenhandelsgeschäfte betrug am Donnerstag \$ 1,0465.

\*\*\*

Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betrugen am 10.9. \$ 18,94 Mrd., der Banknoten-umlauf \$ 11,82 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 14,38 Mrd. bzw. \$ 11,52 Mrd., vor einem Monat \$ 15,46 Mrd. bzw. \$ 12,70 Mrd. und vor einem Jahr \$ 25,16 Mrd. bzw. \$ 14,23 Mrd.

\*\*\*

Die 1,6 Mio. Internetsurfer Argentinien kaufen auf diesem Weg jährlich für \$ 330 Mio. mit Durchschnittskäufen für \$ 150 ein. 28% der

Angeschlossenen haben im letzten Jahr durchschnittlich 5 Mal jährlich Käufe über das Internet getätigt, wie die Beraterfirma Aresco bekanntgab. Am meisten wurden Bücher (37%) und Tonträger (33%), vor elektronischen Geräten, Informatik, Software und Touristikinformation gekauft.

\*\*\*

Das Gerbereiunternehmen Curtidora del Oeste, in Santa Fe, hat den Betrieb mit Passiven von \$ 45 Mio. wegen Zahlungsunfähigkeit eingestellt.

\*\*\*

Der Kfz-Zulieferer Montich, Córdoba, hat 100 seiner 320 Mitarbeiter für 3 Monate suspendiert. Montich betreibt 3 Fabriken.

\*\*\*

Durch Beschluss 1091 der AFIP (Amtsblatt vom 10.9.01) wurde Paragraph 1 des vorangehenden Beschlusses 1028 dahingehend geändert, dass von der Steuer auf Guthchriften und Belastungen von Bankkonten u.dgl. („impuesto sobre créditos y débitos en cuentas corrientes y otras operaciones“) vom 3.5.01 bis zum 31.7.01 37,50% mit der Gewinnsteuer, der Steuer auf den mutmasslichen Mindestgewinn und der MwSt. verrechnet werden können. Ab 1.8.01 können 58% verrechnet werden. Ebenfalls können 58%

## TABELLE

### Copa Mercosur Vorrunde

Cruzeiro (Bra) - Independiente 4:1, Talleres - Vélez 2:2, Cerro Porteño (Par) - Boca Juniors 2:1, Gremio (Bra) - River Plate 1:0.

### Torneo Apertura

**Fünfter Spieltag:** Nueva Chicago - River 2:1, Talleres - Racing 0:2, Boca - Chacarita 3:1, Independiente - San Lorenzo 0:0, Newell's - Belgrano 0:1, Banfield - Gimnasia LP 2:3, Vélez - Colón 2:2, Huracán - Rosario Central 0:4, Unión - Argentinos Jrs. 1:2, Estudiantes LP - Lanús 1:3.

**Tabellenspitze:** 1. Racing 13 Punkte, 2. Lanús, Argentinos Jrs. und Belgrano, je 12; 5. San Lorenzo, 11.

der Steuer gegen die Sozialabgaben verrechnet werden, die im SUSS-System („sistema único de seguridad social“) angeführt sind.

\*\*\*

Die Einzelhandelskammer CAME (Coordinadora de Actividades Mercantiles Empresarias) hat eine Erhebung bei 413 Geschäften über die Entwicklung des Umsatzes im August 2001 im Vergleich mit dem gleichen Vorjahresmonat durchgeführt, und dabei folgende Abnahmen festgestellt: Teppiche, Tapeten u. dgl., 30%; Bazarartikel 27%; Bijouterie, 25%; Schuhe, 28%, Compact Discs und Cassettes, 33%; Sportartikel, 16%, elektrische Haushaltsgeräte, 17%; Werkzeuge, Eisenwaren, Farben u. dgl., 23%, Blumen, 31%; Immobilienverkäufe, 42%; Bekleidung, 22% Weisswäsche 26%; Spielzeuge, 24%; Leinenwaren, 15%; Baumaterialien, 19%; Kurzwaren, 23%; Wohnungsmöbel, 28%; Büromöbel, 18%; Parfümerien, 19%. Nur beim Verkauf von Kfz-Pressgas-Anlagen fand 7% Zunahme statt.

\*\*\*

Rafael Martínez Raimonda, Exekutivdirektor des binatioanlen Yacretá-Wasserkraftwerkes (EBY), erklärte vor der Deputiertenkammer, dass der neue Rahmen für die Regelung der Schuld an dem Eriday-Konzern (der das Werk gebaut hat) diese um US\$ 1,34 Mrd. auf US\$ 975 Mio. verringert habe. Während Menem seinerzeit den Fall einer friedlichen Verhandlung unterstellt hatte, bei der Eriday durch Henry Kissinger und Argentinien durch Mariano Cavaña Martínez (ehemaliges Mitglied des Obersten Gerichtshofes) vertreten waren, soll die Lösung sich jetzt an die Normen halten, die die internationale Handelskammer in Paris festgesetzt hat. Dabei werden neue Vertreter der Parteien ernannt. Der Betrag, den Eriday geforderte hat, wurde durch Anwendung von Indexierungsklauseln (bei Indexierungen auf Indexierungen, auf spanisch „anatocismo“) errechnet, und würde gegenwärtig schon um die US\$ 3 Mrd. erreichen. Die Klage von Eriday bezog sich ursprünglich im Wesentlichen auf die Zahlung von Mahlzeiten für das Personal, die 1986 nach einem Konflikt mit dem Personal verfügt wurden, auf die „Entindexierung“ (Desagio), die die Regierung 1985 eingeführt hatte, auf Mautgebühren, die Lastwagen ab 1992 zahlen mussten,

und auf ähnliche Themen.

\*\*\*

In den Jahren 1998, 1999 und 2000 wurden in der Stadt Buenos Aires US\$ 270 Mio. in Hotels investiert. 1998 wurden 10 neue Hotels eingeweiht, 1999 waren es 13 und 2000 ebensoviele. Indessen lag die bebaute Fläche 2000 bei 88.559 qm, gegen 58.181 qm 1999. Die grössten Hotels des Jahres 2000 waren das Hilton und das Emperador. Die Zahl der Hotelzimmer nahm 1998 um 686 zu, 1999 um 949 und 2000 um 1.641, so dass in den 3 Jahren die Zahl der Zimmer um 25% stieg.

\*\*\*

Durch Dekret 1158/01 (Amtsblatt vom 11.9.01) wurde das im Dekret 660/2000 festgelegte Importverbot für gebrauchte Kfz für den Fall vom Krankenwagen aufgehoben, die öffentlichen Hospitälern (des Nationalstaates, der Provinzen und der Gemeinden) geschenkt worden sind. Das gleiche gilt für Feuerwehrwagen.

\*\*\*

Horacio Rodríguez Larreta (jun.) wurde zum Direktor des Steueramtes (DGI) an Stelle von Roberto Sericano ernannt. Er war bisher Leiter der Pensionskasse der Provinz Buenos Aires und vorher PAMI-Verwalter. Als Caro Figueroa (jetzt Leiter der AFIP, der die DGI unterstellt ist) Arbeitsminister war, war Rodríguez Larreta Geschäftsführer der ANSeS, unter der Leitung von Alejandro Brammer Markovic. Damals wurden die Ausgaben um fast eine Milliarde Pesos verringert, zum Teil durch Verwaltungsrationalisierung und zum Teil durch Aufdeckung falscher Renten (von Verstorbenen u.a.), wobei die Renten in 30 Tagen ab Antrag bezahlt wurden (während es jetzt über ein Jahr dauert). Rodríguez Larreta ist kein Steuerfachmann, wohl aber ein Verwaltungsexperte, was hier wichtiger ist.

\*\*\*

César Alfredo Albrisi wurde zum Leiter des Zollamtes an Stelle von Eduardo Casullo ernannt. Albrisi ist Deputierter für die Partei von Cavallo (Acción para la República) für Córdoba, wo er früher als Unternehmer der Metallindustrie tätig war.

\*\*\*

Die 5 Banken, die die Tätigkeit der gesperrten Balcarce Bank übernommen haben, haben mit der Aus-

## Neue Konkurrenzfähigkeitspläne

Im Rahmen der staatlichen Förderung der Konkurrenzfähigkeit der argentinischen Industrie hat die Regierung Steuerbegünstigungen für die Lebensmittel-, Stahl-, Metallverarbeitungs- und Transportbereiche bekanntgegeben.

Ähnlich wie bei der bereits rd. 30 bisherigen Konkurrenzfähigkeitsplänen werden die begünstigten Branchen von als verzerrend eingestuft Steuern befreit. Dazu gehören die Steuern auf Darlehen und die auf den mut-masslichen Gewinn. Darüber hinaus können jedoch die Firmen, wie Arbeitsministerin Bullrich erklärte, auch ihre Arbeitgeber-Sozialbeiträge als Fiskalkredit für die MwSt. buchen, wenn ihr Belegschaftsstand erhalten bleibt. Die Konkurrenzfähigkeitspläne, so Wirtschaftsminister Cavallo, sind ein Mittel um die Rezession zu überwinden. Sie schliessen bereits 80% der Herstellung von Wirtschaftsgütern und knapp 10% der Dienstleistungen ein.

Die Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln beschäftigt rd. 3% der argentinischen Erwerbsbevölkerung und die verfügbaren Steuerbegünstigungen für den Bereich werden mit \$ 140 Mio. im Jahr angenommen. Auch sollen die Säumigkeiten bei der Ablieferung der Renten- und Sozialbeiträge bei den begünstigten Branchen durch Neuregelungen bekämpft werden. Obwohl ein wesentlicher Teil des metallverarbeitenden Gewerbes bereits durch Konkurrenzfähigkeitspläne begünstigt wurde, war es Absicht der Wirtschaftsführung, mit den letzten Massnahmen auch die kleinen und mittelständischen Betriebe des Bereiches in die Begünstigungen einzuschliessen.

### Zahlung ihrer Einlagen begonnen.

Die Kunden werden in Filialen nahe der ehemaligen Balcarce-Filialen bedient, da die meisten der letzteren nicht wieder geöffnet werden sollen. Die Mittel für die Rückzahlung werden von der während der Tequilakrise 1994 geschaffenen Sedesa bereitgestellt. Hauptgeschäft der Balcarcebank, die wegen unlauterer Nebengeschäfte der Inhaber geschlossen wurde, waren die Auszahlungen an 237.000 Rentner. Obwohl sie eine kleine Bank war, war sie die 3. grösste Rentenzahlerin am Platz, wofür sie vom ANSeS monatlich US\$ 250.000 an Provisionen erhielt. Diese Rentenzahlungen über Banken werden nun abgeschafft.

\*\*\*

**Das vom Investmentfonds Sabores Argentinos kontrollierte, über 75 Jahre alte Traditionsunternehmen Tittarelli Vitivinicola y Olivinicola, Mendoza, mit US\$ 10 Mio. Jahresumsatz, hat seinen Konkursantrag gestellt.** Bis vor einigen Wochen wurde über den Verkauf der Weinkellerei an die spanische Nueva Rumasa verhandelt. Der 1998 gegründete Investmentfonds Sabores Argentinos wird von A. Sánchez Zinny und L. Otero Monsegur geleitet. Mitaktionär ist auch S. Soldati, dessen Holding Comercial del Plata ebenfalls einen Konkursantrag gestellt hat.

\*\*\*

**Die Macrigruppe hat eine weitere, fällig gewordene Rate seiner Postkonzessionsgebühren nicht bezahlt und schuldet nun \$ 257 Mio.** Der Konzessionär will nicht zahlen, bis seinen Forderungen stattgegeben wurde. Das sind rd. \$ 100 Mio. für Postdienstleistungen an Staatsstellen sowie verwaltungstechnische Auslegungen des Konzessionsvertrages. Die Tarifverträge mit den Gewerkschaften sollen gegenüber der Konkurrenz ungünstig sein, das Alleinausgaberecht von Briefmarken wurde regierungsseitig

nicht geachtet, alles in allem stellt der Konzessionär Gegenforderungen von \$ 700 Mio. Der Generalstaatsanwalt (Procurador general del tesoro) ist von seinem Angebot, nur \$ 34 Mio. der Marci-Forderungen anzuerkennen, zurückgetreten, wodurch die Auseinandersetzung auf ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt ist.

\*\*\*

**Indonesien lässt die Einfuhr argentinischen Leders wieder zu.** Sie wurde anlässlich des Maul- und Klauenseucheausbruchs verboten.

\*\*\*

**Die Canadian Hunter Exploration hat die Beteiligungen der Atalaya Energy an Erdölvorkommen in Neuquen für US\$ 13,5 Mio. erworben.** Andere Beteiligte sind Capex Capsa und Clan Energy International Fund. Damit erhöht sich die Beteiligung der Canadian Hunter an den Vorkommen von Chihuidos und an den Schürfrechten in Sierra Chata um 2,2% auf 25,7%. Sie erhöht damit ihre in Argentinien bestätigten Reserven um 2,7 Mio. Barrel und ihre Tagesförderung um 514 Barrel.

\*\*\*

**Die Zahl der von Banken zurückgewiesenen Schecks betrug in den ersten 8 Monaten des Jahres 2,25 Mio., um 18,2% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.** Im August waren es 295.000, um 2,6% mehr als im gleichen Vorjahresmonat und um 2,2% weniger als im Vormonat.

\*\*\*

**Bei der Amtseinstellung der neuen Leiter der Steuer- und Zollämter erklärte Wirtschaftsminister Cavallo, für 2002 sei ein BIP-Wachstum von 7% möglich, und eine Zunahme der Fiskaleinnahmen um \$ 4 Mrd.** Die Zinsen der Staatsschuld fallen nächstes Jahr infolge des Megaumtausches um \$ 3 Mrd.

\*\*\*

## Überschuss von \$ 74 Mio. im August

Der Kassenausweis des Schatzamtes für August schloss mit einem Defizit von \$ 96,3 Mio., was eine Verringerung von \$ 132,5 Mio. gegenüber August 2000 darstellt. Da jedoch ein Überschuss von \$ 170 Mio. bei den dezentralisierten Organen, den sozialen Institutionen, den öffentlichen Unternehmen und den Sonderfonds anfallen wird, wird mit einem Überschuss von \$ 74 Mio. gerechnet. Die genaue Zahl wird jedoch erst in einigen Tagen bekanntgegeben werden.

Die laufenden Einnahmen lagen im August bei \$ 1,66 Mrd. gegen \$ 1,60 Mrd. im gleichen Vorjahresmonat, wobei \$ 1,54 Mrd. (Vorjahr: \$ 1,512 Mrd.) auf Steuereinnahmen im weiteren Sinn entfielen. Die Zunahme, trotz geringeren Gesamtfiskaleinnahmen im August, ist darauf zurückzuführen, dass die Steuer auf Bankkonten nicht mit den Provinzen geteilt wird.

Die Ausgaben lagen bei \$ 1,65 Mrd. gegen \$ 1,72 Mrd. im Vorjahr. Hier gab es eine Verringerung von \$ 120,1 Mio. bei Zinsen (als Folge der Umschuldung, die die Zinsen hinausgeschoben hat), \$ 20 Mio. bei Personalkosten und \$ 22,9 Mio. bei Käufen von Gütern und Dienstleistungen. Hingegen erhielten die Provinzen \$ 214,2 Mio. mehr, die Universitäten \$ 12,3 Mio. weniger. Sogenannte „figurative Ausgaben“ nahmen um \$ 96,1 Mio. ab.

Die Kapitalerlöse betragen im Vorjahr \$ 47,7 Mio. dieses Jahr Null. Während das Gesamtergebnis nur mit \$ 39,2 Mio. negativ war (Vorjahr: \$ 139,4 Mio.), war das Ergebnis der übertragenen Provinzrentenkassen um \$ 57,1 Mio. negativ (Vorjahr: \$ 89,4 Mio.), so dass das gesamte Ergebnis um \$ 96,3 Mio. negativ war, gegen \$ 228,8 Mio. im Vorjahr.

In den ersten 8 Monaten 2001 betrug das provisorische Defizit somit \$ 5,77 Mrd., um \$ 1,82 Mrd. weniger als in der gleichen Vorjahresperiode. Vom Defizit entfallen \$ 741 Mio. auf die Provinzkassen, um \$ 134 Mio. mehr als im Vorjahr.

**Durch Dekret 1159/01 (Amtsblatt vom 12.9.01) wurden die MwSt-Sätze mehrerer Waren halbiert,** die nach ihren Zollpositionen angeführt werden. Es sind Fälle, bei denen die Konkurrenzfähigkeit gesteigert werden soll und auch Konflikte vermieden werden sollen, die sich gelegentlich aus einer unterschiedlichen Sätzen innerhalb einer Produktionskette ergeben.

\*\*\*

**Die ZB hat folgende Referenzzinssätze ab 27.8.01 festgesetzt (Amtsblatt vom 12.9.01):** Für Girokonten in Pesos und Dollar 2%, Sparkonten in Pesos 5,5%, in Dollar 5,75%. Fristdepositen auf 30 bis 59 Tage in Pesos 27,75%, in Dollar 15,5%; auf 60 und mehr Tage 26,75% bzw. 13%.

\*\*\*

**Die Börse gab bekannt, dass im 1. Halbjahr 01 neue Aktien für nur US\$ 98,96 Mio. ausgegeben wurden, gegen US\$ 236,51 Mio. im gleichen Vorjahreszeitraum.** Rekordjahr der 90er Jahre war 1997 mit Aktienaussagen für knapp US\$ 1,2 Mrd. Auch notieren heute 118 Unternehmen an der Börse gegen 631 im Jahr 1968. Die Kapitalisierung der Börse war in den letzten 6 Jahren, in denen sich 60 Firmen zurückzogen, mit US\$ -2,46 Mrd. negativ.

\*\*\*

**Nach der 85%igen Übernahme durch die uruguayische Fanapel und einem Investitionsplan von US\$ 40 Mio. bis 2007, will Celulosa Argentina ihr Exportprogramm wieder aufnehmen.** 10% der Papiererzeugung soll vorwiegend nach Lateinamerika ausgeführt werden, wie Vizepräsident Losada erklärte. Die Zelluloseerzeugung soll auf 40.000 Jato erhöht wer-

den. 14% sollen betriebsintern zu Papier verarbeitet werden, mit dem Rest werde der Binnenmarkt versorgt. Um die Papierproduktion von derzeit 65.000 Jato um 10.000 Jato zu steigern, könnte es notwendig sein, die stillgelegte Fabrik in Zárate wieder in Betrieb zu nehmen.

\*\*\*

**Das von G. Soros gegründete Immobilienunternehmen IRSA, das u.a. die wichtigsten Shoppings in Argentinien besitzt, gab zum ersten Mal in 10 Jahren Verluste an.** Die an der Börse veröffentlichten Ergebnisse zum 30.6. wiesen \$ 30,64 Mio. Verlust aus, gegen \$ 5,9 Mio. Gewinn im Vorjahr. \$ 7,7 Mio. seien Kursverluste der Hypothekenbankaktien. Die Kursverluste in Brasilien getätigter Dollarinvestitionen betragen durch die Realabwertung US\$ 9 Mio. Die Gesamtumsätze von Irsa betragen im Bilanzjahr \$ 137,7 Mio., um 6,1% weniger als im Vorjahr. Am meisten setzte Irsa mit dem Verkauf von Geschäftslokalen um: \$ 48,2 Mio., gegen \$ 45,6 Mio. im Vorjahr.

\*\*\*

**Impsa (Pescarmona) und das Partnerunternehmen Castellone wollen mit dem Füllen des Stadammes des Potrerillos-E-Werkes in Mendoza zu Jahresende beginnen.** Die Investition betrug bisher US\$ 300 Mio. Die Leistung des E-Werkes wurde mit 900 GWh angegeben. Das ist beinahe soviel wie die des Alicurá-Werkes am Limayfluss, obwohl dieser wesentlich mehr Wasser führt. Vor der Inbetriebnahme müssen in Potrerillos weitere US\$ 50 Mio. investiert werden.

\*\*\*

**In etwa 2 Monaten will die Pro-**

## Ausschreibungen für das Infrastrukturprogramm

Die Regierung gab den Beginn der Ausschreibungen für die im Infrastrukturprogramm vorgesehenen Bauvorhaben bekannt. Die für die nächsten zwei Jahre vorgesehenen Investitionen sollen US\$ 3,15 Mrd. betragen.

Die gleichzeitigen Erklärungen von Infrastruktur- und Wohnungsbauminister Bastos und Wirtschaftsminister Cavallo vor über 40 Unternehmensvertretern wurden anlässlich der Unterzeichnung des Treuhandabkommens für den Infrastrukturfonds im Banco de la Nación abgegeben. Der Fonds wird seine Mittel durch eine Zusatzsteuer von 5 Centavos auf den Liter Dieselöl erhalten, die jährlich US\$ 570 Mio. einbringen soll. Ab November 03 kommen bis dahin landesweit vereinheitlichten Strassenmauten von angenommen US\$ 170 Mio. im Jahr dazu.

Der amtliche Namen des Investitionsprogrammes lautet integrales Bundes-Transportsystem. Es sei eine Ergänzung des bereits bestehenden Bundes-Infrastrukturprogrammes, das mehrmals angekündigt worden ist, ohne dass bisher mit der Durchführung begonnen wurde. Infrastrukturminister Bastos zufolge sollen die Umschläge mit Angeboten für Strassenbau- und Sanierungsarbeiten, die zu Beginn des Planes ausgeschrieben wurden, in der kommenden Woche geöffnet werden.

Von dem genannten, für die nächsten zwei Jahre vorgesehenen Investitionsbetrag seien US\$ 2,4 Mrd. für den Strassenbau und US\$ 750 Mio. für das Eisenbahnnetz vorgesehen. Die Finanzierung müsse von den Bauunternehmen übernommen werden. Bezahlt werde erst nach der vollkommenen Fertigstellung der jeweils verpflichteten Arbeiten. Der Staat tilgt die Schuld dann aufgrund vorher vereinbarter, langfristiger Zahlungspläne. Verwalter des Treuhandfonds für diese Zahlungen wird die Banco de la Nación sein. Mittel des Treuhandfonds sollen auch eingesetzt werden, um die derzeitigen Konzessionäre für die amtlich verfügbaren Mautverringerungen zu entschädigen. Dem Infrastrukturminister zufolge, belaufen sich diese Zahlungen für dieses Jahr auf US\$ 300 Mio. Im Gegenzug werden die Konzessionäre die vorgesehenen und unterbrochenen Bauarbeiten wieder aufnehmen. Bis 2003 sollen das Investitionen von weiteren US\$ 700 Mio. sein.

**vinzregierung von Neuquén den Bau eines Wasserkraftwerkes am Neuquénfluss ausschreiben.** Mit rd. US\$ 300 Mio. Investition sollen 1.000 GWh Strom erzeugt und 6.000 ha bewässert werden, von denen 1.000 dem Gewinner der Ausschreibung zugeteilt werden. Das ursprüngliche Projekt stammt von Hidronor und sah 2 E-Werke vor.

\*\*\*

**Garovaglio y Zorraquín, Inhaber des Cepa-Schlachthofes, meldeten im Bilanzjahr zum 30.6. \$ 51,5 Mio. Verlust.** Im vorangehenden Jahr hatte der Verlust \$ 60,5 Mio. betragen.

\*\*\*

**Wirtschaftsminister Cavallo brachte letzte Woche erneut seine Initiative auf, dass die Staatsschuld mit der Steuereintreibung garantiert werde.** Die Garantie, um die Zinsen zu senken, werde von „ausen“ gewährt (gemeint ist der IWF und eventuell die Weltbank und das US-Schatzamt): aber die Gegen-Garantie müssen wir geben, sagte er. Cavallo bezog sich zunächst nur auf die Zinsen, während Vizeminister Marx dies auch auf das Kapital bezog. Angeblich soll die Garantie nur für neue Staatspapiere gelten, um den Tausch der alten attraktiv zu gestalten. Cavallo sprach von Zinsen zwischen 7% und 8%, etwa halb es viel wie beim Megaumtausch. Die Garantie der Steuereintreibung stellt ein Mandat an die Banco Nación dar, die den Betrag direkt vom Steueraufkommen abziehen und abführen muss.

Gegenwärtig hängt die Zahlung von einer Regierungsentscheidung ab, ist als nicht automatisch. Der Kongress hatte einen Vorschlag dieser Art von Cavallo schon vor einigen Monaten abgelehnt.

\*\*\*

**Durch Gesetz 25.461 (Amtsblatt vom 13.9.01) wurde das Abkommen über Vermeidung der Doppelbesteuerung und Vorbeugung der Steuerhinterziehung mit Norwegen genehmigt, das am 8. Oktober 1997 unterzeichnet werden war.**

\*\*\*

**Wirtschaftsminister Cavallo forderte die brasilianische Regierung auf, ihren Wechselkurs zu stützen, da die Änderung der Parität Argentinien Schaden zufüge.** Wenn Brasilien seine Strategie nicht ändere, müsse sich Argentinien überlegen, was es tut. Cavallo hat prinzipiell Bedenken gegenüber dem gemeinsamen Markt und der Zollunion: ihm wäre eine Freihandelszone wohl lieber.

\*\*\*

**Das Molkereunternehmen Wiliner, Rafaela, Provinz Santa Fe, hat eine strategische Allianz abgeschlossen, um die Aufschritte des Calchaquí-Schlachthofes landesweit zu vertreiben.** Damit hat es den ersten Kunden für sein im Vorjahr gegründetes Logistik- und Vertriebsunternehmen gewonnen, das sich bisher nur mit der eigenen Produktion befasste.

\*\*\*

## Banken für flexiblere ZB-Normen

Die beiden argentinischen Bankenverbände ABA und Abappra haben der ZB Vorschläge für Änderungen bei der Bewertung und Einstufung von Kreditkunden unterbreitet. Desgleichen wurde um neue Vorschriften über Garantiestellungen angesucht, andere Fristen um säumige Kredite einzustufen und elastischere ZB-Kontrollen.

Desgleichen soll die Einstufung von Kreditschuldern durch die Festlegung von Mindestbeträgen automatisch erfolgen können und die obligatorische Einstufung bei unterschiedlichen Ansichten von Gläubigerbanken, abgeschafft werden.

Die Verzugsfristen für die automatische Krediteinstufung in die Kategorie 2 sollen auf 60 Tage und für die Einstufung in die Kategorie 3 auf 120 Tage erweitert werden. Umgeschuldete Kredite sollen als Kategorie 2.2 (Risikopotential II) bewertet werden, wobei die Finanzanstalten die Zinszahlungen nach Ermessen stunden können.

Wenn der Bankkunde nach einer Umschuldung 20% des neuen Kreditbetrages bezahlt hat, soll es möglich sein, ihn in die Kategorie I (normal) einzustufen. Die automatische, niedrige Bewertung säumiger Schuldner der in Liquidierung befindlichen Finanzanstalten, seien es Geschäfts-, Verbrauchs- oder Wohnbaukreditkunden, soll abgeschafft werden. Bei Verbraucher- und Wohnbaukrediten sollen Verzögerungen bis \$ 1.000 bei Kunden mit mehreren Krediten und bei Kreditkarten bis zu \$ 300 nicht die gesamte Kreditwürdigkeit des Kunden belasten, wenn er seinen Verpflichtungen normal nachkommt. Es wird angeraten, dass bei Geschäftskunden Zahlungsverzögerungen bei kleineren Verpflichtungen nicht die gesamte Krediteinstufung des Kunden herabsetzen sollen.

Diese Änderungen würden die strengen Vorschriften, die von Roque Fernández und Pedro Pou Anfang der 90er Jahre eingeführt wurden, abschwächen. Durch sie sollen hunderte kleine und mittelständische Unternehmen aus dem Bankkreditwesen ausgeschlossen worden sein, was zu ihrer Schliessung geführt haben soll. Andererseits haben diese Vorschriften das argentinische Banksystem zu einem der kräftigsten und widerstandsfähigsten gemacht.

Die Forderung der Bankenverbände, den Zugang zur elektronischen Schuldnerkartei des Finanzsystems auf die Mitgliedsbanken der Verbände zu beschränken, löste Überraschung aus. Die Banken betonen jedoch, dass diese Einschränkung bei Inbetrachtung des Habeas data-Gesetzes und den Missbrauchsmöglichkeiten der Informationen notwendig sei. Damit könnte die Tätigkeit nicht kontrollierter Informationsunternehmen vermieden werden, die sich auf ZB-Informationen stützen, doch ohne ihre ständige Aktualisierung zu gewährleisten.

**Pluspetrol Norte investiert US\$ 80 Mio. in ein Wärmekraftwerk in El Bracho, Provinz Tucumán.** Die erste Turbine soll Ende 02 in Betrieb gehen.

\*\*\*

**Das Parlament hat das Dekret Nr. 804 zur Neuregelung der Stromwirtschaft mit 135 Gegenstimmen im Abgeordnetenhaus abgeschafft.** Es sollte Anreize für neue Investitionen im Energiebereich schaffen, da die derzeitigen Tarife eine Angebotsverringerung in wenigen Jahren befürchten lassen.

\*\*\*

**Das Industriesekretariat hat die Schaffung eines Registers der Unternehmen verfügt, die Kapital-, Informatik- und Kommunikationsgüter herstellen, und durch die durch Dekret 493/01 verfügten MwSt-Verringerung auf 10,5% begünstigt werden.**

\*\*\*

**Der Bankenverband Abappra (Asociación de Bancos Públicos y Privados de la República Argentina) hat mit dem Medienverband Aepa (Asociación de Entidades Periodísticas Argentinas) ein Abkommen unterzeichnet.** Es sollen die Finanzie-

rungsmöglichkeiten journalistischer Unternehmen verbessert werden., ohne dass dadurch Teuerungen entstehen.

\*\*\*

**Die ZB hat von 13 internationalen Banken unter der Federführung der JP Morgan Chase US\$ 1,23 Mrd. erhalten.** Sie stammen aus dem 1996 verpflichteten Unterstützungskredit für den Fall massiver Abhebungen von Bankeinlagen. Nächste Woche werden weiter US\$ 44 Mio. einer dem Abkommen später beigetretenen Bank erwartet. Der Betrag vermehrt die vom IWF überwiesenen US\$ 4 Mrd. im Rahmen des Stützungsabkommens über US\$ 8 Mrd.

\*\*\*

**Gatic, die Sportwarenindustrie der Familie Backchellian, sucht ihren Schuldenberg von über US\$ 200 Mio. zu verringern.** Sie hat 8% ihrer Belegschaft abgebaut und die Fabriken in Benito Juárez und Azul, Provinz Buenos Aires, und La Calera, Provinz Córdoba, endgültig geschlossen. Die Arbeiten im Werk in Las Flores wurden teilweise eingestellt. Damit verbleiben 16 Gaticfabriken in Betrieb.

\*\*\*

**Lockheed Martin Aircraft Argentina hat in ihrem Betrieb in**

**Cordoba die neue Flugzeuglackieranlage in Betrieb genommen.** Sie gestattet bedeutende Kosteneinsparungen. Auf 6.000 qm kann gleichzeitig an bis 4 Flugmaschinen der Grösse eines Boeing 737 gearbeitet werden.

\*\*\*

**C.A.S.A. Isenbeck hat beschlos-**

**sen, ihren Investitionsplan von US\$ 15 Mio. für die Erweiterung der Brauerei in Zárate aufzuschieben.**

\*\*\*

**Die Preise der Neuwohnungen sind seit ihrem absoluten Höhepunkt vom November 98 bis Juli 01 um 21,3% zurückgegangen, wie die Hy-**

**pothekenbank bekanntgab.** Ein Haus, das vor 3 Jahren \$ 50.000 kostete, wird heute um \$ 39.350 verkauft.

\*\*\*

**Die Rindfleischausfuhren sind im Juni im Vorjahresvergleich mengenmässig um 71,2% und wertmässig um 82,8% zurückgegangen.** Sie be-

trugen 8.335 t für US\$ 10,1 Mio.

\*\*\*

**Das Wärmekraftwerk Central Puerto hat im 1. Halbjahr 01 \$ 14,74 Mio. Gewinn erwirtschaftet.** Das waren um 76,8% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

\*\*\*

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Der Haushaltsentwurf für 2002

Mit der seit Jahren üblichen Pünktlichkeit, die früher nur selten eingehalten wurde, hat Kabinettschef Chrystian Colombo gestern den Haushaltsentwurf für 2002 in der Deputiertenkammer eingebracht. Die Verfassungsfrist hierfür ist der 15. September. Der Kabinettschef ist für Ausgaben und Einnahmen des Staates verantwortlich. Mit dieser Formalität wurde ein gewaltiges Tauziehen um die einzelnen Etatposten eingeläutet.

Dieses Jahr ist das Gerangel um die Staatsausgaben deshalb ungleich schärfer als bisher, weil das Gesetz über das Nulldefizit in Kraft ist und für 2002 gilt. Das heisst im Klartext, dass der Staat nicht mehr ausgeben darf, als er einnimmt. So steht es im Haushaltsentwurf geschrieben: die Ausgaben fallen von \$ 51,2 Mrd. 2001 auf \$ 45,4 Mrd. 2002 um sage und schreibe \$ 5,8 Mrd. gleich 11,3%. Das ist sicherlich der bedeutendste Ausgabenabstrich der argentinischen Finanzgeschichte.

Die Einnahmen stehen mit den gleichen \$ 45,4 Mrd. zu Buch gegen \$ 46,4 Mrd. im Vorjahr, als das Kassendefizit mit \$ 6,5 Mrd. vorgesehen war, das für 2002 „ex definitione“ verschwinden muss. Die Abnahme der Einnahmen von 2,1% geht zurück auf die tiefe Rezession, die die argentinische Wirtschaft seit über drei Jahren erlebt. Sie soll 2002 kraft eines angenommenen Wachstums von 3,4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in eine Erholung münden, die jedoch den vorherigen Niedergang noch längst nicht wett macht. Die Exporte sollen 5% und die Importe 3% zunehmen.

Zudem sind seit letztem Jahr mehrere tiefgreifende Steuerreformen unterwegs, die für 2002 noch nicht geklärt worden sind. Insbesondere ist unklar, ob das Steuerkonzept des Wirtschaftsministers Cavallo bestehen bleibt, wie er es im April vorgetragen hatte. Danach sollen ab März 2002 nur die Mw- und die Gewinnsteuer als grosse Steuerquellen verbleiben, da die Arbeitgeberbeiträge, bisher

die dritte grosse Steuer, gegen jene beiden Steuern angerechnet werden sollen, so dass sie als Einnahmequelle verschwinden. Die Girokontensteuer soll ab März die bisherigen Einbehaltungen beider Steuern und die Vorleistungen der Gewinnsteuer ersetzen. Im Verständigungsmemorandum mit dem IWF wurde hierüber kein Wort erwähnt.

Erst nach der Kenntnis der Haushaltsvorlage wird man erfahren, ob das Steuerkonzept Cavallos weiter lebt oder fallen gelassen wurde, darunter auch die bereits gesetzlich verankerte Umwandlung der MwSt. von den ausgestellten Rechnungen auf das tatsächliche Inkasso als Steuerbasis und die Stornierung der zusätzlichen Besteuerung der Managergehälter, die Minister Machinea verfügt hatte. Unterdessen bleibt abzuwarten, ob es tatsächlich mit Nulldefizit gelingen wird, die Wirtschaft im Jahr 2002 wieder auf Touren zu bringen, damit die Einnahmeerwartungen des Haushaltes erfüllt werden können.

Für die Senkung der Ausgaben um \$ 5,8 Mrd. muss abgewartet werden, dass die Exekutive sicherlich nach den Parlamentswahlen vom 14. Oktober die einzelnen Etatposten teilt. Hierüber wird angenommen, dass die Schuldentilgungen um \$ 1,99 Mrd. als Folge des Megatausches vom vergangenen Mai abnehmen, so dass \$ 19,6 Mrd. gegen \$ 21,5 Mrd. als Tilgungen des Jahres verbleiben. Hier haken dann die neuen Bondsausgaben mit besseren Garantien ein, damit die Zinssätze fallen. Minister Cavallo liess durchblicken, dass er hierfür abermals die Garantie der Beteiligungssteuern zu Lasten der Nation im Visier hat, damit ausserdem internationale Garantien in Gestalt der US\$ 3,0 Mrd. Sonderziehung gegen den IWF angeboten werden können. Mit doppelten Garantien lassen sich Bonds zu niedrigeren Zinssätzen unterbringen. Dem Minister schweben einstellige Zinssätze, etwa 8% per annum, vor. Der Kongress hatte die Steuergarantien für Bonds bereits abgelehnt. Inzwi-

schen wurde das Gesetz über das Nulldefizit erlassen, so dass diese Garantien in neuem Licht gesehen werden müssen.

Die Sonderzulage für Lehrkräfte, Spanisch genannt „incentivo docente“, von \$ 650 Mio. im Jahr, die bis Ende 2001 läuft, soll 2002 entfallen. Genau daran ist Minister López Murphy im April gescheitert, als die Lehrkräfte dagegen mobilisiert wurden, dass die Provinzregierungen an Stelle der Nationalregierung für die Gehaltszulage aufkommen, wie es laut Verfassung Vorschrift ist. Das heisse politische Thema verspricht neue politische Kämpfe.

Die 13prozentige Kürzung der Gehälter und Renten über \$ 500 im Monat soll für ganz 2002 bestehen bleiben. Im Verständigungsmemorandum war sie mit \$ 1,3 Mrd. für das zweite Halbjahr 2001 verbucht worden. Hinzu sollen Kürzungen des dreizehnten Monatsgehaltes der Beamten und der Rentner der höheren Kategorien kommen. Ferner sind die Familienzulagen im Visier, deren Etat um ein Drittel zu senken ist. Die Sozialverwaltung ANSES soll \$ 500 Mio. sparen, was bereits unterwegs ist.

Den Provinzen sollen Zuwendungen nach Massgabe des Bedarfs zwecks Nulldefizit ebenfalls gekürzt werden. Hierüber hat das Gerangel zwischen den 24 Gouverneuren und dem Kabinettschef mitsamt Wirtschaftsminister und Schatzsekretär bereits begonnen, zumal auch die gesetzlich vereinbarten Beteiligungssteuern von \$ 1.364 Mio. im Monat bis Ende 2001 zur Diskussion stehen. Die Gouverneure berufen sich auf das in einem nationalen Gesetz und 24 Gliedstaatengesetzen verankerte Fiskalabkommen von Ende 2000 und appellieren diesbezüglich beim Obersten Gerichtshof, wogegen der Kabinettschef mit der harten Tatsache kontert, dass die Steuereinnahmen nicht ausreichen, um über das Nulldefizit hinaus Zuwendungen an die Provinzen zu ermöglichen.

Weitere Zankäpfel sind die Kraftstoffsubventionen Patagoniens, an denen Minister López Murphy ebenfalls gestolpert war, als er sie abschaffen wollte. All

diese Etatposten werden sicherlich Gegenstand harter Auseinandersetzungen werden, die aber stets im Nulldefizit münden müssen. Werden im Kongress einige Kürzungen abgelehnt, so müssen andere erhalten, solange die Steuereinnahmen nicht zunehmen.

Die Zinslast wird ebenfalls zur Diskussion stehen. Minister Cavallo hofft, dank Schuldentausch mit verbesserten Garantien einige Milliarden Dollar bzw. Pesos an Zinszahlungen einzusparen, wenn Bonds mit hohen Zinssätzen gegen solche mit niedrigeren Sätzen umgetauscht werden können. Dabei bleibt abzuwarten, wieviele Zinseinsparungen im Kalenderjahr 2002 anfallen werden. Das kann erst abgeschätzt werden, wenn der freiwillige Umtausch der Bonds vereinbart ist, was kaum vor Jahresende möglich erscheint.

Der Haushaltsentwurf dürfte demnächst im Ausschuss der Deputiertenkammer diskutiert werden. Indessen ist anzunehmen, dass vor dem Wahltag vom 14. Oktober keine endgültigen Entscheidungen fallen werden. Nachher werden die Diskussionen mit den jetzigen Deputierten weiter gehen, doch die Schlussverhandlungen dürften erst mit der neuen Zusammensetzung der Kammer sowie danach mit dem neuen Senat stattfinden. Erfahrungsgemäss wird das Haushaltsgesetz zwischen Weihnachten und Neujahr verabschiedet. Erst dann wird das Fiskalpanorama mit dem Nulldefizit der Staatskasse klar sein.

Unterdessen bleibt die Unsicherheit bestehen, ob es Argentinien gelingt, im Jahr 2002 seine ausgeglichene Staatskasse zu verwalten, unbeschadet der Neuverschuldung als Folge des Megaumtausches und der Ausgabe von Konsolidierungsbonds Bocon sowie der Kassendefizite der Provinzen und deren Verschuldungen wie Patacon und andere, insgesamt rund \$ 5,0 Mrd. Neuverschuldung bei Nulldefizit der Staatskasse. Der Schuldenberg der öffentlichen Hand dürfte dann auf rund \$ 165 Mrd. per Ende 2002 anwachsen, ehe es gelingt, auch die Neuverschuldung wie die Kasse nicht anwachsen zu lassen.

## Ein Staatspapier für Provinzen

Der Nationalstaat hat die Ausgabe eines Bonds für bis zu einer Milliarde Pesos verfügt, der den Provinzen vergeben wird, die ihn für einen Teil der Gehaltszahlungen und auch für Zahlungen an Lieferanten verwenden können. Diese Wertpapiere, genannt „Letras de Cancelación de Obligaciones Provinciales“ (Lecop), haben die Eigenart, dass sie nicht verzinst werden, jedoch für Zahlungen von nationalen Steuern eingesetzt werden können, und ebenfalls der provinziellen, sofern die einzelnen Provinzen dies verfügen. Das Schatzamt überträgt den Provinzen, die sich dem System angeschlossen haben, diese Bonds für den Betrag, den er ihnen schuldet. Wenn dann Nationalsteuern damit gezahlt werden, dann wird der jeweilige Betrag der Beteiligung der betreffenden Provinz an den Nationalsteuern belastet. Die Laufzeit der Titel beträgt bis zu 5 Jahren; da sie aber voraussichtlich für die Zahlung von Steuern verwendet werden, handelt es sich faktisch um kurzfristige Papiere. Voraussichtlich wird der Nationalstaat dann neue Lecop ausgeben und an die Provinzen verteilen, so dass hier ein Kreislauf entsteht, der erst zu Ende geht, wenn der Nationalstaat und auch die Provinzen wieder Zugang zu den Kapitalmärkten erhalten, was auch bedeutet, dass dabei einigermassen normale Zinssätze gezahlt werden.

Letzten Monat verfiel der Termin, der den Provinzen gestellt worden war, um sich diesem Bond anzuschließen. Zunächst hatten sich schon Buenos Aires, Corrientes und Formosa angeschlossen. Dann kamen noch Entre Ríos, San Juan, Misiones, Neuquén, Chubut und La Rioja hinzu. Insgesamt sind es 9 Provinzen von 24 Gliedstaaten (mit der Bundeshauptstadt). Für Provinzen, die ihre Finanzen in Ordnung haben, wie Santa Cruz, La Pampa, San Luis und Santiago del Estero, haben diese Bonds keinen Sinn. Andere hingegen, die sich nicht angeschlossen haben, jedoch immer noch Defizit ausweisen, haben womöglich eine gute Gelegenheit verpasst.

Vorreiter dieses Bond war die Provinz Buenos Aires mit ihrem „Patacón“, der in Form von Scheinen gedruckt wurde, die den normalen Geldscheinen ähnlich sehen. Gouverneur Ruckauf stand eben vor der Alternative, einen Teil der Gehälter und der Zahlungen an Lieferanten mit diesen Bonds zu zahlen, oder den Betrag schuldig zu bleiben. Denn die Finanzen der

Provinz sind stark defizitär, und der Nationalstaat steht selber so stark unter Druck, dass er keine Möglichkeit hat, der Provinz finanziell zu helfen. Eine Bondausgabe auf freiwilliger Basis wäre wohl nur mit horrend hohen Zinsen möglich gewesen, was ein zukünftiges Problem geschaffen hätte. Diese Patacones wurden hingegen nur zu 7% jährlich verzinst. Diese Staatspapiere können zur Zahlung provinzieller Steuern eingesetzt werden; aber Gouverneur Carlos Ruckauf bemühte sich, dass sie auch von öffentlichen Dienstleistungsunternehmen u.a. angenommen werden, wonach sich auch gewöhnliche Handelsgeschäfte anschlossen. Je breiter die Möglichkeiten der Unterbringung dieser Titel sind, umso mehr wird das Problem derjenigen verringert, die sie erhalten. Denn dann besteht kein Disagio.

All diese Titel, sowohl die Patacones wie die Lecop, stellen monetär sekundäre Liquidität dar, sind jedoch kein Geld. Einmal können mit diesen Titeln keine Dollar erworben werden, und dann ist die Annahme freiwillig. Einzelhandelsgeschäfte mit Umsatzschwierigkeiten sind geneigt, diese Titel in Zahlung zu nehmen, während diejenigen, die ohnehin gut verkaufen, es nicht tun. Das bedeutet, dass diese Titel eine gezielte Nachfrage schaffen, die ganz klar nicht inflationär ist, weil sie sich nicht auf Waren richtet, bei denen eine erhöhte Nachfrage eine Preiswirkung haben könnte. Für die Wirtschaft wirken sich somit diese Titel belebend aus, was zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehr positiv ist. Für die Konvertibilität stellen sie überhaupt keine Gefahr dar.

Das Konzept der Liquidität ist in der Wirtschaftstheorie sukzessive erweitert worden. Ursprünglich stellte nur das Bargeld Liquidität dar. Später wurde auch den Girokonten Geldcharakter zugestanden. Bis dann Nobelpreisträger Milton Friedman u.a. auch anderen Depositen Geldcharakter zugestanden und die Wirtschaftswissenschaft die Konzepte M0 (Bargeld), M1 (Bargeld plus Girokonten), M3 (M2 plus andere Bankdepositen) entwickelte. Friedman hatte bei seiner Untersuchung der Krise der 30er Jahre entdeckt, dass zwar der Notenumlauf (M0) konstant geblieben war, dass aber die Depositen stark abnahmen, weil mehrere Banken zu Grunde gegangen waren und das Publikum mehr auf Bargeld übergang. Somit sank

die als M3 bezeichnete Geldmenge um etwa 30%, was die Rezession vertiefte und verlängerte.

Der Liquiditätsbegriff muss jedoch noch erweitert werden. Alle handelbaren Wertpapiere stellen Liquidität dar, also Staatspapiere, auch Aktien und Obligationen und Zertifikate von Investmentfonds. Je mehr sich eine Wirtschaft „securitisiert“ (wie dieser Neologismus lautet, der aus dem englischen Wort für Wertpapier, security, ab-

geleitet wird), umso mehr wird sie liquide. Diese sekundäre Liquidität ist jedoch nicht inflationär, weil ein eventueller Angebotsüberschuss zu einer Kursenkung der Papiere führt, statt sich wie beim normalen Geld auf das Preisniveau auszuwirken. Die Ausgabe von Staatspapieren, deren Liquiditätsgrad durch die Annahme für Steuerzahlungen gefördert wird, ist somit eine kreative Teillösung für die argentinische Wirtschaft.

## Vor einer neuen Rekordernte

Dem Landwirtschaftssekretariat unter der rührigen Führung von Marcelo Regúnaga ist es neuerdings gelungen, in der Öffentlichkeit mit der Erwartung durchzudringen, dass Argentinien im Agrarjahr 2001/2002 eine Rekordernte von sage und schreibe 73,5 Mio. t einbringen wird.

Diese Ernte würde die jüngste von rund 67 Mio. t um ganze 6,5 Mio. t übertreffen. Die letzte Ernte war zu Beginn des Herbstes, als die Feinernte bereits eingebracht worden war und die Grobernte bevorstand, auf 68,1 Mio. t geschätzt worden, wovon später rund eine Million abgestrichen wurden. Endgültige Daten stehen noch aus, zumal bei Sojabohnen, deren Ernte unter 26 Mio. t geschätzt wurde, aber möglicherweise bis auf nahezu 27 Mio. t klettern könnte, wie aus den Lieferungen der Landwirte abgeleitet wird. Die vorherige Ernte 1999/2000 hatte darunter gelegen, nachdem vorher für 1998/1999 der bisherige Rekord von knapp über 67 Mio. t eingebracht worden war. Ernten in diesen Größenordnungen von 67 bis 73 Mio. t entsprechen einer Verdoppelung gegenüber den Ernten der achtziger Jahre, die zwischen 35 und 40 Mio. t schwankten.

Die Erwartung einer kommenden Ernte von 73,5 Mio. t beruht vorerst auf den Aussaatabsichten der Landwirte, wie sie das Landwirtschaftssekretariat regelmässig ermittelt. Ob es dann dazu kommt, dass die Saatfläche, die angegeben wird, auch tatsächlich eintritt, hängt zunächst von finanziellen Faktoren ab. Für die Aussaat bedürfen die Landwirte Saatgut, Düngemittel, Chemikalien und gegebenenfalls Landmaschinen. All diese Güter werden normalerweise von den Lieferanten finanziert, von denen etliche Niederlassungen multinationaler Konzerne sind.

Hier hakt die gegenwärtige Finanzkrise ein, die dazu geführt hat, dass viele Konzerne den Lieferantenkredit gesperrt haben, weil sie eine Abwertung des Peso mit verheerenden Folgen auf die Zahlungsfähigkeit der Kunden befürchten. Letztere wird zwar nicht eintreten, aber die Wirtschaftsberater dieser Konzerne im Ausland sind anderer Ansicht und beeinflussen deren Kreditpolitik gegenüber Argentinien.

Ohne die üblichen Kreditfazilitäten der Lieferanten wird die Aussaat sicherlich fühlbar geringer ausfallen, als es sich die Landwirte vorstellen und den Ermittlern des Landwirtschaftssekretariats mitgeteilt haben. Insofern ist das Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds und die Auszahlung von US\$ 6,2 Mrd. zuhanden der argentinischen Zentralbank sicherlich nützlich, da die mageren Devisenreserven von knapp US\$ 14 Mrd. aufgestockt werden und gegebenenfalls dem im Ausland vorherrschenden Misstrauen gegen den argentinischen Peso entgegen wirken. Für die Lieferanten, bzw. die Niederlassungen der Konzerne, geht es jetzt um das Liefergeschäft, nicht etwa in mehreren Monaten, wenn die Aussaat vorüber ist. Insofern ist zu erwarten, dass die Sorge um das Geschäft obsiegt, sofern die volkswirtschaftlichen Berater der Konzernleitungen auch überzeugt werden, dass der Peso nicht abgewertet und kein „default“ erklärt wird.

Für 2002 blühen zudem zwei besonders positive Faktoren für die kommende Ernte. Einmal wird laut meteorologischen Prognosen abermals ein sogenanntes „El Niño“-Jahr erwartet, nachdem sich die Gewässer des Pazifischen Ozeans bei Indonesien bereits erwärmen und in der Folge im kommenden Jahr gewaltige Regenfälle im Osten der Anden Südamerikas, gepaart mit Trockenheiten in anderen Gegenden sowie teilweise auch in Nordamerika, erwartet werden, wogegen die Pampa abermals feucht sein wird. Bei „El Niño“ regnet es viel in der Pampa, auch im eher trockenen Westen der Provinzen La Pampa, San Luis und Mendoza sowie weiter nördlich in Santiago del Estero, Salta, Chaco



und Formosa. Der Ackerboden erfreut sich bereits der jüngsten Regenfälle, so dass im Frühling und möglicherweise im Sommer bereits für Feuchtigkeit gesorgt ist. Ausreichende Regenfälle in den Provinzen am Rand der Pampa im Westen und Norden verbessern die Erträge der Aussaat und werfen hohe Ernten ab.

Als zweiter positiver Faktor darf die Auswirkung der weltweit fallenden Lagerbestände von Weizen, Mais, Sojabohnen und Sonnenblumen auf die internationalen Preise nicht unterschätzt werden. Der Weltkonsum vermehrt sich kontinuierlich, wogegen mehrere Ernten in Nordamerika, Europa und Asien weniger ertragreich ausfielen, weshalb die Lagerbestände seit vier Jahren zurückgehen. Jedes Mal, wenn in der Vergangenheit die Lagerbestände kritisch niedrig lagen wie gegenwär-

tig, sind die Preise gestiegen. Das ist bereits seit mehreren Monaten eingetreten und darf für 2002 weiterhin erwartet werden.

Eine vermehrte Erntemenge von angenommenen 73,5 Mio. t bei höheren Weltmarktpreisen bewirkt verbesserte Deviseneinnahmen irgendwo zwischen US\$ 1,5 und US\$ 2,0 Mrd. im Jahr 2002. Das dürfte mit dazu beitragen, die obwaltende Sorge um die argentinische Zahlungsfähigkeit zu beruhigen, während gleichzeitig binnenwirtschaftliche Expansionsimpulse von der Landwirtschaft ausgehen. Die Ernten werden früher oder später innerhalb des Agrarjahres vermarktet, lokal abgesetzt oder exportiert, so dass der Gegenwert in Pesos den Landwirten zufließt, die Wirtschaft mit echter Nachfrage befruchtet und die Konjunktur belebt.